



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 26. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-20-0009

Verbesserung der Fußgängerüberquerung am Hauptbahnhof - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2019 -

Für Fußgänger stellt die Überquerung am Hauptbahnhof einen besonders problematischen Bereich dar. Beim Umstieg am Hauptbahnhof muss der neunspurige Kaiser-Friedrich-Ring überquert werden. Dies ist innerhalb einer Grünphase jedoch nicht zu schaffen. In der Folge überqueren, grade in Stoßzeiten, viele Fußgänger in Eile die Straße auch bei Rot um ihre Anschlussverbindungen zu erreichen und bringen damit sich und andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr. Besonders kritisch gestaltet sich die Situation für Senioren sowie in ihrer Mobilität eingeschränkte MitbürgerInnen mit Rollstühlen oder Kinderwagen. Die Unterführung stellt infolge nicht vorhandener Barrierefreiheit keine Alternative für diese Personengruppen dar.

Weiteres Konfliktpotenzial ergibt sich auf Grund von Platzmangel für und mit RadfahrerInnen, die ebenfalls auf diese Überquerung angewiesen sind. Eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV durch bessere Vernetzung kann jedoch nur erfolgen, wenn das Umsteigen problemlos möglich ist und auf attraktivem Wege erfolgen kann. Sowohl die Unterführung als auch lange Wartezeiten an roten Ampeln können die Situation nicht verbessern. Im Rahmen von DIGI-V kann und soll an dieser Stelle die Ampelschaltung dahingehend optimiert werden, dass, abhängig vom aktuellen Bedarf, längere Grünphasen ein stress- und gefahrenfreies Überqueren der Straße ermöglichen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie dem Fuß- und Radverkehr bei der Überquerung des Kaiser-Friedrich-Rings vor dem Hauptbahnhof mehr Raum eingeräumt werden kann, um mehr Sicherheit zu schaffen.
2. Wie die Ampelschaltung im Rahmen von DIGI-V so optimiert werden kann, dass aufkommensabhängig ein Überqueren des Kaiser-Friedrich-Rings innerhalb einer Grünphase möglich wird.

Beschluss Nr. 0050

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2019

Volk-Borowski
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2019

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister